

NIEDERSCHRIFT HFA/003/2014

über die Sitzung des **Haupt- und Finanzausschusses** am 09.12.2014 im Kultursaal
der **Alten Landwirtschaftsschule**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ausschussmitglieder:

Herr Matthias Ahlers
Herr Karl-Heinz Brockamp
Herr Marco Lennertz
Herr Dr. Wolfgang Meyring
Frau Brigitte Mollenhauer
Herr Roman Gerding
Frau Margarete Köhler

Vertretung für Herrn
Carsten Rampe

Herr Thomas Tauber
Frau Maggie Rawe
Herr Ulrich Schlieker

Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NW:

Herr Helmut Geuking

Vortragende Gäste:

Frau Andra Stallmeyer
Frau Zmaczynski
Herr Brück von Oertzen

zu TOP 1. ö. S.
zu TOP 3. ö. S.
zu TOP 1 nö. S.

Von der Verwaltung:

Herr Hubertus Messing
Herr Peter Melzner
Herr Martin Struffert
Herr Gerd Mollenhauer
Frau Birgit Freickmann

Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 21:10 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde.
Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. **Vorstellung der Ergebnisse des Vergleichsringes "Kleine Kommunen in NRW"**

Nach einer kurzen Einführung durch Frau Dirks stellt Frau Stallmeyer die ermittelten Ergebnisse vor (**siehe Anlage 1 zur Niederschrift**). Anschließend beantwortet sie Verständnisfragen der Ausschussmitglieder.

Herr Schlieker bittet darum, die einzelnen Detailergebnisse an die zuständigen Ausschüsse weiter zu leiten.

Frau Mollenhauer stellt fest, dass die vorgestellten Ergebnisse für alle hilfreich seien und in den entsprechenden Ausschüssen näher beleuchtet werden müssen. Allerdings sei jede Gemeinde sehr spezifisch, eine Gemeinde in der Eifel könne nicht mit Billerbeck verglichen werden.

Herr Tauber hält den angestellten Vergleich für wichtig und richtig. Oberflächlich betrachtet habe Billerbeck ein gutes Ergebnis erzielt. Man müsse aber auch Details betrachten und kommunale Besonderheiten berücksichtigen, die entweder vorhanden oder tlw. politisch gewollt seien. Des Weiteren habe Einvernehmen bestanden, sich mit Zielen und Kennzahlen zu beschäftigen. Vor diesem Hintergrund wolle er die NKF-Steuerungsgruppe nicht versanden lassen. In 2013 hätten keine Sitzungen stattgefunden und im Sitzungskalender für 2014 sei kein Sitzungstermin vorgesehen. Der Kommunalpolitik sollte weiterhin Mitwirkung an dieser Stelle gewährleistet werden.

Frau Dirks weist darauf hin, dass man sich in der NKF-Arbeitsgruppe ausgiebig ausgetauscht habe und schließlich Einigkeit über die Teilnahme am Vergleichsring bestanden habe. Diese Ergebnisse müssten nun in die Ausschüsse transferiert und aufgearbeitet werden. Die NKF-Arbeitsgruppe habe ja keine Entscheidungsbefugnis. Danach würden in der NKF-Arbeitsgruppe die nächsten Punkte angegangen.

Herr Geuking merkt an, dass man schon genauer hinsehen müsse, inwieweit die Mitarbeiter eingebunden seien. Die Ergebnisse seien hinsichtlich der hohen Belastung einzelner Mitarbeiter/innen schon erschreckend.

Frau Dirks bestätigt, dass eine hohe Auslastung nicht immer gut sei. Herr Messing ergänzt, dass das Ergebnis stark von den Gegebenheiten vor Ort abhängen.

2. **Aktuelle Flüchtlingssituation in Billerbeck**

Herr Struffert teilt ergänzend zur Sitzungsvorlage mit, dass mit Stand heute Morgen 5 freie Plätze zur Verfügung stünden und ab Januar weitere 6 Plätze frei würden, weil einer Familie ein privater Mietvertrag vermittelt werden konnte. Dem stünden 4 Personen gegenüber, die dieses Jahr noch aufgenommen werden müssten, wobei sich die Situation aber täglich ändern könne. Im Januar werde der Verteilungsschlüssel neu berechnet, wodurch sich evtl. höhere Zuweisungen ergeben können. Die

Situation werde weiterhin aufmerksam beobachtet und es werde versucht, private Wohnungen anzumieten, so dass eine möglichst dezentrale Unterbringung in Billerbeck erfolgen könne.

Frau Mollenhauer führt aus, dass sie positiv überrascht sei, ob der Situation in Billerbeck. Dabei sei die Unterstützung durch die beiden Kirchen äußerst lobenswert.

Herr Tauber stellt ebenfalls das große Engagement der beiden Kirchen heraus.

Auf seine Nachfrage gibt Herr Struffert Auskunft über die pragmatische Arbeit im Zusammenhang mit der Unterbringung und teilt mit, dass der Kostendeckungsgrad natürlich nicht auskömmlich sei.

Anschließend beantwortet Herr Struffert weitere Nachfragen zur Integration von Flüchtlingskindern, möglichen Traumatisierungen der Asylsuchenden, der Übernahme von Mitgliedsbeiträgen für Sportvereine und der ärztlichen Betreuung und Behandlung.

Herr Schlieker regt an, bei den Nachbargemeinden nachzufragen, ob man sich evtl. die Stelle eines Integrationshelfers teilen könne.

Frau Rawe hält es für wichtig, dass der Ausschuss laufend über die aktuelle Situation informiert wird.

3. Einrichtung eines BürgerBus-Verkehrs in der Stadt Billerbeck

Frau Queenie Zmaczynski stellt das Projekt des bedarfsorientierten Bürgerbusses vor (siehe **Anlage 2 zu dieser Niederschrift**) und beantwortet Nachfragen der Ausschussmitglieder hierzu.

Frau Dirks weist darauf hin, dass der Bürgerbusverein das vorgestellte Modell in Billerbeck auch einsetzen möchte. Heute gehe es grundsätzlich um die Finanzierung des Projektes.

Auf Vorschlag von Herrn Tauber wird einem Mitglied des Bürgerbusvereins einstimmig Rederecht eingeräumt.

Herr Schlieker stellt voran, dass Gespräche mit den Taxiunternehmen geführt werden müssen und keine Konkurrenz zu den Buslinien entstehen dürfe. Er bitte um Angabe, wie hoch der städt. Zuschuss etwa sein werde.

Herr Messing teilt mit, dass nach Erfahrungen der RVM der Zuschussbedarf durchaus bei rd. 10.000,-- € im Jahr liegen könne, die Betriebskosten lägen bei rd. 0,30 €/km. Er gehe davon aus, dass die Kilometerleistung wie in Olfen bei rd. 30.000 km jährlich liegen werde. Durch eine gute Auslastung und ggf. Beförderung von Schülern müsse versucht werden, das Defizit so gering wie möglich zu halten.

Herr Dr. Meyring führt an, dass mit den Taxiunternehmen gesprochen werden sollte. Außerdem würden in einigen Nachbargemeinden ebenfalls Bürgerbusse eingesetzt, so dass doch eine Beförderung über die Stadtgrenze hinaus ermöglicht werden könnte.

Frau Dirks weist darauf hin, dass die anderen Baumbergegemeinden feste Linien führen. Vorab sei besprochen worden, am Longinusturm vorbei in die Nachbargemeinde zu fahren. Im Vorfeld sei mit allen Beteiligten gesprochen worden. Die Taxiunternehmen gingen davon aus, dass zwar die ein oder andere Fahrt wegfiere, der Bürgerbuskunde aber nicht der klassische Taxikunde sei.

Herr Gerding erkundigt sich nach der Barrierefreiheit des anzuschaffenden Fahrzeuges. Das Land fördere die behindertengerechte Umgestaltung. Außerdem wolle er wissen, ob es Alternativen bei der Anschaffung gebe. Nach seinen Informationen gebe es auch Möglichkeiten über die Mobilwerbung.

Herr Messing teilt mit, dass die Mehrkosten für ein komplett barrierefreies Fahrzeug trotz höherem Zuschuss sehr hoch seien und dieses Risiko von den Bürgerbusvereinen zumindest in kleinen Kommunen nicht eingegangen werde. Der Bedarf sei im Vorfeld sehr schwer abzuschätzen. Der Bürgerbusverein strebe die Anschaffung eines teilbarrierefreien Fahrzeuges an, hiermit könnten auch Rollatoren und Kinderwagen befördert werden.

Die Mobilwerbung sei bekannt, allerdings sollte nach Rücksprache u. a. mit der IHK und der Werbegemeinschaft hierauf nicht zurückgegriffen werden, weil dann zu viel Geld aus dem Wirtschaftskreislauf entnommen werde, das an anderer Stelle fehle. Die Firmen sollten ihr Werbebudget nicht für ein solches Fahrzeug ausgeben, sondern lieber den Vereinen zur Verfügung stellen.

Die Frage von Herrn Gerding nach den konkret angedachten Haltestellen beantwortet Herr Drees vom Bürgerbusverein mit dem Hinweis, dass über Detailfragen noch keine endgültige Entscheidung getroffen wurde. Sicherlich würden Haltestellen an markanten Punkten eingerichtet.

Auf Nachfrage von Herrn Tauber zu Eckdaten des Vereins teilt Herr Drees mit, dass der Verein aus insgesamt 18 Mitgliedern bestehe, wovon aber nicht alle als Fahrer fungieren werden. Sie seien weiter bemüht, Fahrer zu akquirieren.

Auf weitere Nachfrage von Herrn Tauber, wie hoch die geschätzten Mehrkosten für ein komplett barrierefreies Fahrzeug wären, nennt Herr Messing Mehrkosten in Höhe von 20.000,-- €, wobei der Zuschuss rd. 7.000,-- bis 10.000,-- € höher wäre.

Herr Gerding möchte wissen, ob mit dem heutigen Beschluss das Thema Barrierefreiheit vom Tisch wäre.

Das wird von Frau Dirks verneint. Sie weist darauf hin, dass der Bürgerbusverein mit der RVM entscheide, welcher Bus angeschafft werde. Dabei werde sicherlich auch berücksichtigt, dass ein solcher Bus auch ge-

händelt werden müsse und wie groß der Bedarf sei.

Frau Mollenhauer wirft die Frage auf, ob bei einem komplett barrierefreien Bus besondere Anforderungen an die Fahrer gestellt würden.
Herr Drees geht davon aus, dass die normale Fahrerlaubnis nicht ausreiche, weil der Bus länger und schwerer sei. Außerdem weist er darauf hin, dass ein solcher Bus weniger Fahrgastplätze habe.

Herr Tauber macht deutlich, dass er es sehr begrüßen würde, wenn zumindest die Fraktionsvorstände in die Arbeit des Vereins eingebunden würden.

Herr Schlieker unterstützt den Vorschlag von Herrn Gerding hinsichtlich eines komplett barrierefreien Busses. In der Stadt gebe man sich viel Mühe, die Barrierefreiheit zu schaffen, ein solcher Bus würde dieses Ansinnen komplettieren. Wenn jetzt ein Bus angeschafft werde, der nicht komplett barrierefrei sei, dann sei das Thema für die nächsten 6 – 7 Jahre vom Tisch.

Herr Dübbelde vom Bürgerbusverein gibt zu bedenken, dass bei Mitnahme eines Rollstuhles nur noch 1 – 2 Plätze für andere Fahrgäste übrig blieben. Das sei ein K.O.-Kriterium des Vereins gewesen.

Herr Tauber fordert eine Evaluation und Berichterstattung im HFA, was die Einhaltung der Kosten angehe.

Frau Mollenhauer stellt heraus, dass man froh und dankbar über das Engagement der Ehrenamtlichen sein sollte. Deshalb sollten hier keine Detailfragen erörtert oder dem Verein Dinge vorgegeben werden. Der Verein müsse entscheiden, was er leisten könne.

Frau Rawe stellt fest, dass sie das auch nicht wolle. Sie sei der festen Überzeugung, dass der Bürgerbus ein Erfolgsmodell werde.

Herr Tauber gibt zu bedenken, dass es hier um die Kosten gehe und deshalb konstruktive Nachfragen erlaubt sein müssen.

Herr Brockamp stellt den Antrag auf Abstimmung.
Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Beschlussvorschlag für den Rat:

Die Stadt Billerbeck beteiligt sich an dem Projekt BürgerBus Billerbeck. Hierfür werden die erwarteten einmaligen Investitionen ca. 31.000 – 41.000 € in den Produkthaushalt 2015 eingestellt. Die laufenden Kosten in Höhe von ca. 3.500 – 6.500 € werden ebenfalls in den Produkthaushalt der Jahre 2016 folgend eingestellt.

Stimmabgabe: einstimmig

4. Grundlagen für die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2015;

hier: Erlass einer Hebesatzsatzung

Nach kurzer Erläuterung durch Herrn Melzner fasst der HFA folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

Der Erlass einer Hebesatzsatzung mit unveränderten Realsteuerhebesätzen wird beschlossen.

Stimmabgabe: einstimmig

5. Mitteilungen

Keine

6. Anfragen

Keine

Marion Dirks
Bürgermeisterin

Birgit Freickmann
Schriftführerin